



Pressemitteilung

05.09.2018

SPD fordert den Stopp des Verkaufs von Landesimmobilien in Darmstadt-Eberstadt.

Im Gegensatz zum steigenden Bedarf hat sich die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen in den letzten knapp 20 Jahren CDU-geführter Landesregierung halbiert. Statt in einer Stadt wie Darmstadt Wohnraum in Landesbesitz zu behalten, die zum Verkauf stehenden Häuser zu sanieren und nach sozialen Kriterien zu vermieten, veräußert das Land 36 Wohnhäuser, die zum Großteil noch vermietet sind - mit ungewissem Ausgang für die Mieterinnen und Mieter.

Öffentlich bewirbt das Land Hessen durch den Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen auf der Plattform „Immobilienscout24“ 34 Reihenhäuser und eine Doppelhaushälfte in der Marienburgstraße in Darmstadt-Eberstadt. Neben der Wohnfläche, den Heizkosten und anderen für einen potentiellen Käufer wichtigen Merkmalen, ist ebenso angegeben, dass 23 der 36 Häuser vermietet seien. Weiterhin wird im Exposé das Fehlen eines Bebauungsplans als Qualitätsmerkmal hervorgehoben.

Für die Stadt Darmstadt ist dies ein Rückschlag im Kampf gegen steigende Mieten. Diese hat sich auf Initiative der SPD verpflichtet, Bauprojekte zu 45% öffentlich zu fördern. Besteht jedoch wie hier Baurecht nach §34a BauGB, so kann die Stadt nicht eingreifen. „In der Vergangenheit haben wir oftmals schmerzhaft erfahren müssen, dass wir unsere eigenen Vorgaben nach bezahlbarem Wohnraum aufgrund fehlender Rechtsgrundlage nicht durchsetzen konnten. So erging es uns zum Beispiel beim Gelände des ehemaligen Echo-Gebietes“, kritisiert Oliver Lott, Stadtverordneter der SPD.

Die Erfahrung hat gezeigt: Kann man den Bauherren nicht auferlegen einen Teil des entstehenden Wohnraums zu fördern, so erstellt dieser fast ausschließlich frei finanzierten Wohnungsbau – und dieser wird möglichst teuer. „Deshalb ist das Bewerben dieser Eigenschaft nur so zu verstehen, dass das Land ohne Rücksicht auf die Interessen der Stadt versucht den Gewinn beim Verkauf zu maximieren“, führt Lott weiter aus.

„Für die bestehenden Mieterinnen und Mieter erwarten wir in diesem Fall drastische Mieterhöhungen aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen. Das befürchten auch die Menschen vor Ort, mit denen ich bei Hausbesuchen persönlich gesprochen habe. Verdrängung könnte die Folge sein“, gibt Bijan Kaffenberger, Mitglied des Kreistages im Landkreis Darmstadt-Dieburg und Landtagskandidat der SPD zu bedenken.

Auch im Landkreis gibt es kaum noch bezahlbaren Wohnraum. „Für Menschen, die möglicherweise aus Häusern in der Marienburgstraße ausziehen müssen, ist es auch nicht

ohne Weiteres möglich eine Wohnung im Kreis, beispielsweise in Pfungstadt zu finden, von anderen Vierteln Darmstadts ganz zu schweigen“, so Kaffenberger abschließend.

Das Bild zeigt eines der zum Verkauf stehenden Häuser:

